

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleit. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingerstr. 18. Ruf 14574 u. 21 206.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
60 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatskassenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. Dr. Fritz Klauer in Dresden.

Nr. 63

Dresden, Dienstag, 15. März

1932

Für Treu und Glauben. Große Kundgebung des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Der Verband Sächsischer Industrieller trat heute in Dresden zu seiner 29. ordentlichen Hauptversammlung zusammen. Die Tagung begann vormittags mit einer geschlossenen Mitgliederversammlung, bei der der Verbandsvorsitzende Direktor Witzke die Erschienenen willkommen hieß. In seinem Nachruf auf die Verstorbenen der letzten Jahre gedachte Direktor Witzke insbesondere auch des letzten sächsischen Königs. Nach Erstattung des Jahresberichts erfolgte die Wahl des Gesamtvorstandes, die im wesentlichen die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder ergab.

Dem Bericht über die Wirtschaftspolitik des Verbandes Sächsischer Industrieller erstattete Direktor Witzke. Der Verband stehe nach wie vor zu seiner Forderung nach endgültiger Einhellung der Reparationsleistungen. Der Verband fordere eine neue politische wie wirtschaftspolitische Orientierung und keine unangewandten wirtschaftlichen Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens, ab. Um die Vertrauenskrise zu bannen, gelte es einen Kampf gegen den Zentralismus zu führen. Direktor Witzke streifte in diesem Zusammenhang die Frage der Verteilung öffentlicher Aufträge und einer regionalen Wirtschaftspflege. In der handelspolitischen Lage der Verbände schon immer Besorgnis erregende Maßnahmen gegen die Abschließungen des Auslandes gefordert. Eine isolierte Behandlung des Preisproblems lehne der Verband ab.

Direktor Witzke wandte sich sodann den Voraussetzungen für eine Selbstkostenfestsetzung zu, wobei er insbesondere auf das Problem der Soziallasten hinwies. Der Finanzausgleich müsse die Selbstverwaltung in Ländern und Gemeinden auf der Grundlage der Eigenverantwortung ermöglichen. Von einem Steuerabbau sei bis heute noch nichts zu merken. Am Schluß seiner Ausführungen wandte sich der Redner gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Weitererhebung der Wertsteuer über den vorgelegenen Termin hinaus. Die Notverordnungen stellten gewisse Anlässe zu einer Umkehr in der Finanz- und Wirtschaftspolitik dar. Die Industrie müsse dazu mitwirken, diesen Weg zu finden und zu Ende zu gehen.

Darauf erstattete der erste Geschäftsführer des Verbandes, Syndikus Dr. Schubert, den Bericht über die Einseitigkeit der Geschäftsführer. Eine umfangreiche Vortrag- und Sitzungstätigkeit, die sich über das ganze Land erstreckt, habe, ergänzt durch zahlreiche Sprechstunden, Firmenbesuche und die laufende Berichterstattung in engster Anlehnung an die Wünsche und Forderungen einzelner Industrien und Bezirke trotz der Komplexität der behandelten Fragen dafür gesorgt, daß die Einseitigkeit der sächsischen Industrie auf die deutsche Wirtschaftspolitik nach einseitigen Gesichtspunkten erfolgen konnte. Auch habe man verantwortliche Persönlichkeiten der Berliner Zentralstellen in unmittelbarer Verbindung mit der sächsischen Industrie gebracht und ihnen so einen Einblick in die Besonderheiten der sächsischen Produktionsbedingungen und die gegenwärtige Notlage verschafft. So sei es gelungen, das Verständnis für die Lebensverhältnisse und Standortbedingungen der sächsischen Industrie zu wecken und zu festeren. Zu diesem Zweck habe man auch mehrfach Delegationen des Verbandes in die Reichsministerien und sonstigen Stellen entsandt. Dr. Schubert ging sodann auf die zahlreichen Einzelmaßnahmen des Verbandes auf den verschiedenen Gebieten seines Tätigkeitsbereiches näher ein und schloß mit dem Appell an die Mitglieder, die Verbandstätigkeit auch in Zukunft zu unterstützen. — Die geschlossene Mitgliederversammlung fand dann mit einem Schlußwort ihres Vorsitzenden ihr Ende.

Der Verband Sächsischer Industrieller gestaltete seine 29. ordentliche Hauptversammlung diesmal zu einer besonderen Kundgebung „Treu und Glauben“. Der Vorsitzende **Direktor Witzke** begrüßte die im Saale des Vereinsthauses tagende Versammlung, insbesondere die Ehrengäste, die in großer Zahl erschienen waren. Man sah Ver-

treter der Reichs-, Staats- und sächsischen Behörden, namentlich aber hatten die Landwirtschaft, Groß-, Einzel- und Kleinhandel und das Handwerk vielköpfige Delegationen entsandt. Aus dieser Zusammenkunft der Teilnehmerchaft läßt sich leicht die besondere Bedeutung der Tagung ablesen. Sie umspannt diesmal sämtliche Wirtschaftskreise und die 29. Hauptversammlung des V.S.I. wächst damit über ihren Rahmen hinaus, zu einer nationalen Kundgebung. Sie dokumentiert, daß man Willens ist, eine geschlossene Front der Wirtschaft zu bilden. Eine Tatsache, die wohl zum erstenmal im gesamtdeutschen Wirtschaftsleben so einmütig in Erscheinung tritt.

Sodann ging der Redner kurz auf die Geschichte des Verbandes ein und führte etwa folgendes aus: „Der V.S.I. wurde geschaffen, nicht um einen Staat im Staate zu bilden, nicht um eine Klasse mit Abschlußtendenzen gegen andere Klassen zu umgrenzen, nicht um einen Interessenshaufen zu schaffen, der Raubbau an der Volkswirtschaft treibt, sondern jedem Einzelgliede unkerer Industrie in der Volksgemeinschaft durch Einigkeit und Eingliederung in seinen Stand die Stärke zu geben, die mit dem Einzelnen dem Ganzen nützt, die soziale oder besser soziologische Stärke, die es erfordert, daß die Einzelnen, um stark zu werden,

zu Konzetnen, Trübe, Kartellen zusammen-

wachsen müssen, die Einigkeit in unserem Grenzlande, die Fleiß und aus hundert Gründen bleiben wird, auch wenn man Landesgrenzen besetzen und von Stellen des Reiches aus die dem Landescharakter angeborene Stärke verwischen will.“ Abschließend gedachte der Redner mit Dank aller Mitglieder, Städte und der früheren Zeiten, die zur Bewirkung der Verbandziele beigetragen haben.

Kommune ergriff der **Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Hedrich**

namens der sächsischen Regierung das Wort zu folgenden Ausführungen:

Namens der Sächsischen Staatsregierung beziehe ich mich dem Verbande Sächsischer Industrieller zu seiner heutigen Tagung die besten Grüße zu erwidern. Ich verbinde damit den aufrichtigsten Glückwunsch, und zwar ist dieser Glückwunsch ein doppelter: Zunächst ein solcher zur Vollendung des dreißigjährigen Jubiläums seines Bestehens, in dem er eine Fülle fruchtbarer Arbeit zum Segen unserer sächsischen Wirtschaft geleistet hat. Diese Arbeit hat sich mit der fortschreitenden Intensivierung der

Wirtschaft und der behauerlichen Zunahme der Krisenerscheinungen in ganz außerordentlicher Weise gesteigert, in einem Maße, daß es Ihnen geboten erschien, die Arbeiten, die Ihrem Herrn Vorsitzenden obliegen, nicht mehr ehrenamtlich, so gewissermaßen nebenbei, erledigen zu lassen, sondern zu ihrer Bewältigung fortan einen berufsmäßigen Vorsitzenden zu ernennen. Ich glaube, Sie haben recht daran getan. In einer Zeit, wo fortgesetzt Wirtschaftstragen der schwerwiegendsten und weitesttragenden Bedeutung im Vordergrund stehen, in einer Zeit in der in solchen Dingen nur der Führer sein kann, der die wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus kennt. Sie haben recht auch daran getan, daß Sie in diese Stelle ihren bewährten bisherigen Vorsitzenden berufen haben. Auch hierzu kann ich Ihnen nur gratulieren.

Wern und dankbar erkenne die Sächsische Regierung und insbesondere das von mir vertretene Wirtschaftsministerium an, daß der Verband unermüdet und trotz aller Schwierigkeiten, die sich ihm hierbei entgegenstellen haben, erfolgreich für die Aufrechterhaltung der in besonders schwerem Existenzkampf befindlichen sächsischen Industrie tätig gewesen ist. Der Regierung ist er im Kampfe nicht nur um die Erhaltung der materiellen Grundlagen ihres Fortbestehens, sondern auch in dem Ringen um die Erwerbung und Stärkung der Kräfte für den sittlichen und nationalen Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft ein tatkräftiger und unverlässlicher Führer gewesen. Wohl unbestritten ist heute der Verband Sächsischer Industrieller der bedeutendste landwirtschaftliche Verband Deutschlands, der mit unserer sächsischen überwiegend auf Bearbeitung und auf Export angewiesenen Industrie aufs engste ver wachsen ist.

Wohin wir gehen, allerorten Kampf. Kampf nicht nur im Fernen Osten, wo wieder einmal, wie schon so oft, die Völker auseinander schlagen, Kampf im Völkerbunde, wo um die Gleichstellung Deutschlands, um die Abkehrung der Völker, um die Remilitarisation und um die Zahlung der Tribute gerungen wird, Kampf endlich auch im Inlande, Wahlkampf, Wirtschaftskrieg, Kampf um die Arbeitsplätze, Handel- und Zollkrieg. Sind die erwähnten Kämpfe in Deutschland nahezu zu Erscheinungen des Alltags geworden, so sind die handelspolitischen Kämpfe in Deutschland erst neuerdings in ein erheblich verwickeltes Stadium getreten. Wie ein Wandel zurück in längere verunkelene Zeiten mutet es an, daß eine Zollmauer nach der anderen wieder rings emporsteigt und die deutsche Industrie absperrt. Lange hat Deutschland gegehrt, solche Kampfmaßnahmen mit Gegenmaßnahmen zu beantworten, aber, auf den Export angewiesen, wie unser Land nun einmal ist, kann das Deutsche Reich, wenn es seine tiefsten Interessen und sonstigen Verpflichtungen erfüllen will, schließlich gar nicht anders handeln, als der Verhinderung der deutschen Warenzufuhr durch Androhung der Verdoppelung der Zölle im sogenannten Oberstufen für die Länder, mit denen Deutschland bisher keine Handelsverträge abgeschlossen hat, oder die Waren anderer Länder vor den unfrigen begünstigen, eine Warnungstaxen aufzurichten, die ihnen zeigen soll, daß das Deutsche Reich nicht gewillt ist, sich zum Spielball ihrer zollpolitischen Launen machen zu lassen. Freilich sind diese zollpolitischen Abwehrmaßnahmen, mit denen die Regierung einen Schutzwall um die nationale Wirtschaft gegenüber den Siedrungen und Erdröckern in anderen Ländern zu ziehen sich genötigt gesehen hat, nicht ohne Bedenken, da jede Zollmauer, je höher sie wird, desto stärker auch der einzelnen Wirtschaft die ihr

Die Notlage der sächsischen Landwirtschaft.

Der Haushaltsplan der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen für das Rechnungsjahr 1932 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 645 239 RM. ab. In dem vom geschäftsführenden Direktor erstatteten Tätigkeitsbericht für das Jahr 1931 heißt es:

Im abgelaufenen Jahre hat sich die Lage der Landwirtschaft ganz wesentlich verschärft. Zunehmende Verschuldung, untragbare Zins- und Steuerbelastung, ständige Zunahme der Substanzverluste, eine immer größer werdende Anzahl von Zwangsversteigerungen und eine in ihrem Ausmaß bisher unerreichte Preisstabilität für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind die ändernden Kennzeichen einer dem Zusammenbruch zurechtweisenden Abwärtsentwicklung. Der wirtschaftliche Niedergang der sächsischen Landwirtschaft ist die größte Verwerfung hervorgerufen, wor auch nicht aufzuhalten durch die von der Reichsregierung ergriffenen Maßnahmen, weil diese unzureichend waren und vielfach zu spät kamen. So können auch solche Maßnahmen wie Sicherungsverfahren, Stillsitz-, Umzucht- und Vollstreckungsbeschränkungen einen Juxta haben, wenn die durch sie bewirkte Remittanz dazu genügt wird, die Mangelhaftigkeit in der Landwirtschaft wiederherzustellen. Sonst würden im Herbst 1932 die Verhältnisse nicht anders liegen als heute, vielleicht sogar schlimmer, weil es inzwischen weiter verbergegangen ist.

Es ist gelangt worden, daß das Jahr 1932 das Jahr der Entscheidungen sein wird. Eine Entscheidung grundlegender Art muß auch für die Landwirtschaft fallen, wenn ihr Zukunftsverhältnis verheißt werden soll. Die Frage der Erhaltung der Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft ist heute zur Schicksalsfrage des deutschen Volkes geworden.

Mit großen Hoffnungen sah der sächsische Landwirtschaft der heranwachsenden Ernte entgegen. Doch Ende Juni war über den Saatensand des Getreides so gut berichtet worden, daß diese Hoffnungen auch wirklich berechtigt waren. Die Ernteaussichten verzichteten sich aber schon Anfang Juli insofern, als heftige Unwetter austraten, die das Getreide vielfach zum Lagera brachten oder begleitete von starken Hagelstößen, schwer schädigten und teilweise, vor allen in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswarde, gänzlich vernichteten. Leider hielt das ungünstige Wetter auch zur Erntezeit an, so daß insbesondere in den Lagen mit späterer Reife die Ernte nur unter großen Schwierigkeiten und unter erheblichen Verlusten geerntet werden konnte. So war zu erwarten, daß die Erträge der Ernte 1931 nicht unerheblich hinter den vorjährigen zurück-

bleiben würden. Die endgültigen Erntevermittlungen des Sächsischen Statistischen Landesamtes haben diese Vermutung bestätigt. Nur bei Sommergerste und Hafer konnte eine Mehrernte erzielt werden, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Erträge dieser beiden Getreidearten im Jahre 1930 besonders niedrig lagen.

Auch 1931 hat sich die Verschuldung bedeutend vergrößert. An Pfandbriefhypotheken sind beim Landwirtschaftlichen Kreditverein Dresden, beim Erblichkeitslichen Kreditverein Leipzig und dem Landwirtschaftlichen Bank zu Bautzen zusammen 13 221 800 RM. neu begeben worden. Der Gesamtbestand an Pfandbriefhypotheken betrug sich am 31. Dezember 1931 auf insgesamt 109 230 607 RM. In diesen Ziffern kommt jedoch nur ein Teil der Hypothekenschuldung zum Ausdruck; der Gesamtbestand ist höher, da von anderen Seiten ebenfalls Verleihungen stattgefunden haben. Auch die Verzinsung der Aufwertungshypotheken ist immer drückender geworden. Der Gesamtbestand an Aufwertungshypotheken belief sich zusammen auf 48 032 841 RM. Dazu kommt noch der zahlenmäßig nicht zu fassende Personalkredit.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Inanspruchnahme der Landwirtschaftskammer in allen ihren Abteilungen seitens der praktischen Landwirte im vergangenen Jahre keineswegs abgenommen hat, sondern sich noch in erheblichem Umfang erhöht.

Die Sitzung der Landwirtschaftskammer abgebrochen.

Dresden, 15. März.
Die Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen sollte heute ihre 12. Gesamtsitzung abhalten. Die Staatsregierung war durch eine Reihe von Ministerialräten vertreten. Vizepräsident Witzke eröffnete mit 14 stündiger Begrüßung die Sitzung und gab unter lebhafter Aufmerksamkeit bekannt, daß Präsident Bogeljang und Vizepräsident Körner heute ihre Ämter niedergelegt hätten.

Die nichtnationalsozialistischen Kammermitglieder legten eine Entschlüsselung vor, in der es heißt, daß Vizepräsident Körner ein Flugblatt verbreitet habe, in dem gegen Vizepräsident Bogeljang schwere Beschuldigungen enthalten seien, weshalb ihm die Mitgliedschaft ausgedehnt und ihm das Vertrauen entzogen werde. Durch dieses Flugblatt sei Vizepräsident Bogeljang veranlaßt worden, sein Amt niederzulegen.

Diese Ereignisse liefen in der Kammer größte Verwirrung hervor. Ein Antrag, die Sitzung zu vertagen, wurde angenommen.

R

aus der Welt zuströmenden Lebenskräfte und Lebenskräfte absperrt. Und ebenso wie diese politischen Maßnahmen sind alle sonstigen Aktionen, die das Reich im Kampfe gegen die Deflation unternommen hat, um der weiter am sich greifenden Schrumpfung des Wirtschaftslebens Einhalt zu gebieten — die Devisenregulierung, das Stillhalteabkommen, die finanzielle Hilfe, die Gründung und neuerdings Umbildung der Garantie- und Kreditsbank, die Wirtenschaft des Reiches und der Reichsbank bei der Sanierung der Privatbanken und wie die Aktionen sonst heißen mögen — sie sind alle nur als Palliativmittel zu werten. Denn das wollen und müssen wir uns immer wieder vor Augen halten: Die Welt und damit auch unser geliebtes deutsches Vaterland können erst wieder gesund werden, wenn von ihnen der Fluch, der auf der ganzen Welt lastet, genommen ist, der Vertrag von Versailles, dieses Besatzungs- und Todesurteil, das, Gott sei es gefügt, die meisten Deutschen noch nicht einmal gelesen haben. Dieser Fluch der bösen Tat, der, solange er auf der Welt lastet, fortzeugend immer Böses muß gebären.

Die Forderung auf Beseitigung dieses Schanddokuments kann aber nur ein Volk erheben, in dem Treu und Glauben tief verwurzelt sind, in dem Treu und Glauben in Verbundenheit mit dem ewigen Gott, Treu und Glauben in Verbundenheit mit den Mitmenschen, Treu und Glauben im eigenen Denken und Handeln ihren Untergrund haben.

In diesem Sinne begrüße ich das für Ihre heutige Tagung gewählte Leitwort und wünsche Ihrer Veranstaltung namens der Sächsischen Staatsregierung einen vollen und nachhaltigen Erfolg!

Als nächster Redner begrüße
Oberbürgermeister Dr. Kili

namens der Stadt Dresden und aller sächsischen Gemeinden die Versammlung. Er wünschte dem Verbande Glück zum 25jährigen Bestehen und streifte die Situation der Gegenwart in kurzer Rede und Botschaft.

Danach verlas der Vorsitzende des Verbandes, Wittke, einen

Aufruf

folgenden Inhalts:
Meine Herren! Ich begrüße Sie vorhin als Leiter und Vertreter Ihrer Ämter, Berufe und Körperschaften.
Haben Sie sich dies jetzt noch einmal tun, nicht in Ihrer beruflichen Eigenschaft, sondern als Deutsche! Denn zu den Deutschen will ich sprechen und jeden Deutschen anrufen an seinem Platz, in seinem Stand und Glauben und alles das, was der Kaufmann in diesen Worten zusammenfaßt, wieder den Platz im Leben des Staates und Volkes haben, der ihnen gebührt! Ich weiß, daß Sie meiner Ansicht, meines Willens sind; daß viele von Ihnen gekommen sind, nicht um diesen Aufruf von mir zu hören, oder zu befehlen, sondern in dem sicheren Glauben, daß ein gemeinsamer Aufruf von vielen einen Impuls und Appell von gewaltiger Wirkung haben muß, und wenn ich nur als Sprecher einer wenn auch so kleinen Ständevereinigung die Forderung erhebe.
Und die Wirkung, die wir erzielen wollen, kann nicht gewaltig genug sein!

Wie bitten Sie mit uns, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, alle Stände, Berufe, Altersklassen anzurufen, den Grundgedanken von Treu und Glauben die allernötigste Stellung wieder zu erringen! Wie rufen es zu: dem eigenen Stande, den Regierungen und Volksvertretungen, den akademischen und freien Berufen, den Beamten, den Erzieher unserer Nation, rufen es zu: der alten und jungen Generation, den nationalen Jugendbänden, den Arbeitgeber und Arbeitnehmern von Kopf und Hand.

Hierauf riefte der Vorsitzende, die eigentliche Kundgebung beginnend, den Aufruf an alle Anwesenden und führte aus:

Ich richte mich an Sie nicht in Ihrer beruflichen Eigenschaft, sondern als Deutsche! Denn zu den Deutschen will ich sprechen und jeden Deutschen

anzurufen, an seinem Platz, in seinem Stand zu wirken und nimmer zu ruhen, bis Treu und Glauben und alles das, was der Kaufmann in diesen Worten zusammenfaßt, wieder den Platz im Leben des Staates und Volkes haben, der ihnen gebührt!

In erster Linie wurden als Wirkmächtig die Vertreter der alten industriellen Generation begrüßt, und es wurde mitgeteilt, daß der Verband aus ihren hervorragenden Vertretern einen Ehrensaal bilden werde, der in einem „Goldenen Buch der sächsischen Industrie“ die Namen der Firmen und Männer für künftige Zeiten festhalten wird, die im Sinne unserer Kundgebung tätig wurden. So wurde in der sächsischen Industrie ein dem Senat des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ähnliches, wenn auch ausgeprägter nach bestimmten ethischen Grundgedanken gewähltes und nicht auf Be-

Der Reichspräsident stellt sich auch für den zweiten Wahlgang.

Berlin, 14. März.
Reichspräsident v. Hindenburg hat, wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, auf eine Anfrage der Vereinigten Hindenburgauschüsse heute vormittag erklärt, daß er sich selbstverständlich auch für den zweiten Wahlgang zur Verfügung stellen wird.

Berlin, 14. März.
Im gestrigen ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl wurden, wie gemeldet, von rund 44 Millionen Stimmberechtigten 37,6 Millionen gültige Stimmen abgegeben. Einschließlich der rund 250 000 ungültigen Stimmen bedeutet das eine Wahlbeteiligung von 86,2 Prozent. Bei der Wahl im Jahre 1925 wurden im zweiten Wahlgang von 39 Millionen Stimmberechtigten 30,5 Millionen Stimmen, das sind 77,6 Prozent, abgegeben. Damals entfielen auf Hindenburg 48,3 Prozent, während gegeben für den Reichspräsidenten 49,6 Prozent abgegeben wurden.

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburgauschüsse erläßt eine Kundgebung, in der zunächst die Bemerkung über das gestrige Wahlergebnis zum Ausdruck gebracht wird. Dann heißt es weiter:

Der Sieg des Reichspräsidenten v. Hindenburg im zweiten Wahlgang ist sicher. Der gesunde praktische Sinn des deutschen Volkes hat sich, trotz allem, bewährt. Bedauerlich bleibt, daß die politische Verhärterung einen zweiten Wahlgang notwendig macht, daß das deutsche Volk auf weitere vier Wochen den Lähmungen und Störungen eines Wahlkampfes ausgesetzt wird, daß wichtige außenpolitische und wirtschaftliche Aufgaben, die im Vordergrund stehen sollten, zurücktreten müssen. Die Verantwortung trifft diejenigen, die sich dem Ruf zur nationalen Sammlung verweigern. Der Herr Reichspräsident ist, wie nicht anders erwartet werden dürfte, entschlossen, seine Kandidatur im zweiten Wahlgang zum Ausdruck zu führen. Die Hindenburgauschüsse fordern auf, den zweiten Wahlkampf mit derselben Energie, mit derselben Ehrlichkeit und mit denselben Zielen zu führen.

Einen inhaltlich ähnlichen Aufruf verbreitet auch der Hindenburgauschuß Bayern.

Ein Vorschlag Dr. Hugenbergs.

Berlin, 14. März.
Die Deutschnationale Pressestelle veröffentlicht einen Vorschlag Hugenbergs, in dem es u. a. heißt: Nach Lage der Dinge ist damit zu rechnen, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg im zweiten Wahlgang gewählt wird. Unter diesen Umständen fährt eine Betrachtung, die sich über-

die Kampfverhältnisse der Parteien erhebt, zu dem Gedanken, daß unser öffentliches Leben von den vielen Unklarheiten, die uns lähmen, befreit würde, wenn man folgendermaßen vorgeht: außer den schon vorgesehenen Wahlen zum Reichspräsidenten, Reichstagen, Reichsrat und Reichsausschüssen, die am 13. März die Wahl des auszuführenden Reichstages stattfinden unter dieser Voraussetzung könnte durch verfassungsmäßiges Reichsgesetz anerkannt werden, daß die Abstimmung vom 13. März die Wirkung eines zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl haben soll, daß also die Wiederwahl Hindenburgs erfolgt ist. Die gesamte nationale Opposition könnte einem solchen Vorschlage zustimmen.

Der Plan Hugenbergs auf Reichstagsauflösung findet in der der Reichsregierung nahestehenden Presse einmütige Ablehnung. Die „Germania“ meint dazu: Hugenberg gibt in derselben Erklärung zu, daß nach Lage der Dinge damit zu rechnen ist, daß der Generalfeldmarschall im zweiten Wahlgange wiedergewählt wird. — Der „Berliner Tageblatt“ spricht sich gegen einen Verlegenheitsprodukt und der „Vorwärts“ bezeichnet den Plan als ein Hausiergeschick. — Die „D. Allg. Z.“ bezweifelt, daß Hugenberg im Namen der gesamten nationalen Opposition spricht und glaubt nicht, daß dieser Weg zum Ziele führen wird.

Die Deutschnationale Volkspartei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Wahlen in Preußen und die Wahlen im Reich, die wir auf Grund der Wahlergebnisse als Ausdruck des Volkswillens anerkennen, werden das Anwachsen des nationalen Gedankens erneut zeigen. Unter diesen Umständen wird der zweite Wahlgang hervorragend unter dem Gesichtspunkt der Verhinderung zu führen sein. Unser nächstes großes Kampffeld heißt Preußen.

Ein Aufruf Ditters.

München, 14. März.
Kloß Ditter hat einen Aufruf an alle Nationalsozialisten erlassen, in dem es heißt: Die erste Wahlklausur ist geschlagen. Der Angriff gegen die Zentrum und Reichsfront muß nun sofort in der schärfsten Form erneut aufgenommen werden. Ich fordere Euch auf, angedeutet den Kampf für die zweite Wahl zu eröffnen. Wir sind es allen denen, die uns ihr Vertrauen schenken, inhaltlich, unser Diktum und Allegories herzugeben, um den Sieg an unsere Fahne zu heften. Der erste Wahlkampf ist beendet, der zweite hat mit dem heutigen Tage begonnen. Ich werde auch ihn mit meiner Person führen.

Rundmitgliedern des Reichsverbandes der Deutschen Arbeitervereine, zu dem auch sächsisch-berliner Arbeitervereine gehören, die sächsischen Arbeitervereine hinreichend vertreten können.

Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Mitteilungsfolge die Hauptrede der Tagung Direktor Wittke nahm das Wort zum Thema „Treu und Glauben“.

Er führte etwa folgendes aus:
Treu und Gerechtigkeit könnten ebenso wie Arbeit und Wohlstand durch kein Gesetz und keine Verordnung geschaffen werden. Wohl aber können schlechte Gesetze dazu beitragen, Unrecht, Unfrieden und Unmoral zu erzeugen und die natürlichen Kräfte zu vernichten. Unschuldig für das wirtschaftliche wie das gesamte Leben sei das Gesetz, das in uns herrsche. Treu und Glauben seien die Grundpfeiler des öffentlichen und privaten Rechtes, des Gemeinschaftslebens und insbesondere der Wirtschaft. Es sei nicht zu leugnen, daß seit dem Siege und besonders seit der letzten Krise außerordentlich bedenkliche Erscheinungen in der Wirtschaft aufgetreten seien. Durch bodenlosen Leichtsinns, Großmannstun und irrefühleren seien mit unendlichem Fleiß aufgebaute Unternehmen die Arbeitsstätten Tausender vernichtet worden, weil man mit der Unfähigkeit des Spielers, mit der Unbedenklichkeit des Spielers über Treu und Glauben und alle guten Grundsätze hinweggegangen sei. Hier gebe es nicht zu verzweifeln und zu beschönigen. Derartige Elemente müßten abgestäubt werden. Je lauter die Verurteilung und Ständemoral geäußert werde, je eher müsse der Untergang erfolgen.

Direktor Wittke wandte sich sodann gegen die bedenkliche Illusion einer wirtschaftlichen Autarkie als Grundlage eines neuen Wirtschaftsbildes. Es gelte vielmehr, dem Zollverein, der ein großes Deutschland geschaffen habe, weitere Grenzen zu geben und den großen Wirtschaftsknoten Amerika, Ostasien und Rußland, ein Gegengewicht zu schaffen. Das sei die Anwendung des Grundprinzips von Treu und Glauben auch im internationalen Verkehr voraus. Die heute eingeriffene Weltwirtschaft mit den sinnlosen Noterordnungsmaßnahmen hätte dazu geführt, daß man oft nur noch von einer teilweisen Beseitigung der Wirtschaftskrisen sprechen könne. Nur das Fehlen überkommener Wirtschaftsprinzipale habe den wirtschaftspolitischen Dilettantismus in Deutschland ermöglicht. Mit dem „Submissionswesen“ müsse endgültig und endlich aufgeräumt werden. Die Umwälzung der Banken zum Geschäftsleben habe zu einer Überhöhung des Realwertes geführt, während der Kredit, der auf Treu und Glauben gegründet werde, im Grunde der einzig mögliche sei. Die Großbank neige zu Großindulgenz und beide lebten voneinander und fährten auseinander.

Bei Schluß der Debatte sprach der Redner weiter.

Das polnische Ermächtigungsgesetz vom Sejm angenommen.

Warschau, 15. März.
In einer Nachsitzung stimmte der Regierungsrat im Sejm dem Gesetz, das dem Staatspräsidenten bzw. der Regierung außerordentliche Vollmachten gewährt, zu. Sämtliche Oppositionsparteien sprachen sich in scharfer Form gegen die Vorlage aus.

Wie Schliemanns trojanischer Goldschatz nach Deutschland kam.

Heinrich Schliemanns geniale Tat der Entdeckung der Welt Troja und Homers gehört der Geschichte an. Wie kein anderer Deutscher hat der medienburgische Pastoralprovisor, der Krämerjunge, Großkaufmann und Goldhändler das Land der Griechen mit der Seele gesucht und in einem ebenso abenteuerlichen wie folgerichtigen Lebenslauf Erfüllung seiner Träume gefunden. Eine meisterhafte Schilderung dieses genialen, durchaus originellen Mannes und seines phantastischen Schicksals liefert uns jetzt Emil Ludwig in seinem neuen Buch „Paul Hjalmar in Wien erschienenen Wert „Schliemann. Geschichte eines Goldhüters“. Die wie ein spanischer Roman dahinstürmende Handlung des Buches ruht auf strengster wissenschaftlicher Grundlage, nämlich auf dem aus etwa 20 000 Dokumenten bestehenden Nachlaß, durch den uns hier eine Fülle unbekannter Briefe und Notizen erschlossen werden, ergänzt durch Mitteilungen der Familie. Besonders wichtig sind die Besessenenkündigungen aus Schliemanns Briefwechsel mit Birchow, mit dem ihn enge Freundschaft verband. Ein Punkt ist es auch zu danken daß die in Troja gemachten Funde, vor allem der berühmte Goldschatz, nach Deutschland kamen und heute eine der größten Schatzkammern des Berliner Museums für Vor- und Frühgeschichte sind. Schliemann erreichte den Höhepunkt seines Lebens, als er im Boden von Hisarlik, wo er die Stätte Troja mit sicherer Ahnung erkannt hatte, seinen Goldschatz fand, der seinen von ständiger Kindheit an in ihm wurzelnden Glauben an die Wirklichkeit der Welt Homers bestätigte. Nachdem er die Arbeiter entlassen hatte, hob er selbst mit seiner zweiten Gattin, der Griechin Sophia, die die treue Helferin seiner Arbeit wurde und die ebenso treue Verwalterin seines Erbes blieb, Stück für Stück der selteneren Stücke aus dem Kupfernen

Gesäß, in dem sie verwahrt waren, und legte sie in ihr großes rotes Tuch. Als er sie in seiner Bretterkiste gepackt, gezogen und gemessen hatte, da umfaßten diese Schätze zwei goldene Diademe, eins davon aus 90 Kreiten, 12 271 Ringe, 4066 Plättchen und 16 Idoles; außerdem 24 goldene Goldketten, Ohrringelinge, Knöpfe, Radeln usw., im ganzen 8700 Stück aus Gold, endlich einen großen goldenen Becher, eine goldene Flasche und noch manches andere.

Die Taten, die die eigentlichen Besizer dieser in ihrem Vorden gefundenen Kostbarkeiten waren, wurden von dem geschickten Kaufmann durch eine Geldsumme abgefunden. Dann verbrugg er seinen Fund, und da er in Deutschland zunächst wenig Interesse fand, von den Hochgelehrten heftig befehdet wurde, dachte er daran, ihn nach England oder Amerika zu schaffen oder auch nach Rußland zu verkaufen. Erst Birchow hat Schliemann den großen Entschluß abgeraten, den Schatz und seine anderen trojanischen Funde Berlin zu überlassen, er hat den Großvater wieder nach Deutschland zurückgeführt. Der Preiswechsel der beiden, der die Geschichte dieser Freundschaft enthält, bietet ein kulturhistorisches Schauspiel eigener Art und zeigt, wie diese beiden gleich ergaunten, gleich berühmten und doch so unendlich verschiedenen Männer nach einem so ungleichen Leben einander trafen. Nichts spricht mehr für Birchows überlegene Natur“, schreibt Ludwig, „als daß sich der nervöse Schliemann, der jeden Einwurf mit Beidenhaftigkeit zu widerlegen eilte, hier und nur hier Maßhalten lassen ließ und immer wieder um Rat und Kritik des neuen Freundes nach.“ Birchow wurde der Berater Schliemanns in allen wissenschaftlichen Fragen, zugleich sein Hausarzt; er reiste zu ihm nach Troja, um seinen Grabungen beizuwohnen. Soziet suchte er ihn mit Deutschland zu verbinden. „Es hat ja einen Schmerzhafter an sich“, so schreibt er im Januar 1879, „daß Sie in einem gewiß nicht ganz unangelegenen Geheiß Ihren Vaterland innerlich etwas abgeben worden sind und daß

wir inselgedessen trotz sein müssen, wenn Sie einige Trojamen für uns ablassen lassen. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß die öffentliche Meinung sich durchaus auf Ihrer Seite gehalten hat, trotz aller Schwierigkeiten, welche die klassischen Sachverständigen Ihnen gemacht haben.“ Und dann kam es zu jener ergreifenden Szene auf homerischem Boden, bei der Birchow durch eine romantische Erinnerung an die Heimat Schliemann zu seinem Vaterland zurückzuführen wollte. Er hat selbst erzählt, wie er bei einem Ausflug ins Ida-Gebirge einen blühenden Schlehdorn pflanzte und seinem Begleiter mit den Worten sagte: „Das ist ein Strauß aus Antiochia.“ Die Erinnerung an den geliebten Heimatort bewog das Gd. „Auch an demselben Tage bei einer Nacht warf er die Frage auf, ob es nicht am richtigsten sei, seine Sammlung von London, wo sie aufgestellt war, nach Berlin zu bringen, und dann kam ein zum andern und das Ende war, daß Schliemann seine Sammlung einpaktete und nach Berlin überführte.“ Freilich waren vorher noch manche Schwierigkeiten zu überwinden. Birchow verhandelte mit dem Direktor der Museen und sogar mit Bismarck, seinem politischen Gegner, der für die Idee selbst „Feuer und Flamme“ war. Nach der Schripin von Reiningen legte sich ins Mittel, und schließlich fertigte Birchow Weihnachten 1880 die Eingabe Schliemanns, worin die Sammlung „dem deutschen Volke zu ewigem Besitz und ungetrennter Aufrechterhaltung gegeben wurde.“ „Ich überreichte die Sammlung in Rissen verpackt (sagen) und alsdann“, fügte Schliemann kaufmännisch hinzu. Ein Handschreiben des Kaisers, das in Reichsanzeiger veröffentlicht wurde, schmeichelte der Eitelkeit des Spenders, ebenso die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Berlin, das vorher nur Bismarck und Nolde besaßen. Nachdem die Rollen von Gold und Elze wieder einmal an ihm vorübergezogen waren“, so schloß der Bericht über diese denkwürdige Episode seines Lebens, „sind Schliemann, der Unermüdete, in Dendarmen zwischen

seinen Rippen im Berliner Museum, hatte tagelang selber jedes Stück aus, hob mit liebevollen Händen jeden Tonring heraus, am Ende auch das Gold, ordnete und katalogisierte, stellte und legte die ihm heiligen Stücke aus, bis alles fertig war und die Stadt Berlin in einem tausendjährigen Fest Paul Schliemann als Ehrenbürger auf den Schild erhob. Es war der 7. Juli 91.“

Schliemanns trojanischer Goldschatz. Als Buchhalter Goldhahn in dem mit geliebtester Routine geleiteten Schatzamt „Unter Geschäftsaufsicht“ von Knod und Bach verweist jetzt abendliche Dittler Wagner das Publikum des Residenztheaters in Antiochia. Die Idee, daß Josefina als Verlobung als Spatkonkurrenz ein durch die persönlichen Ausgaben des flotten Chef komponiertes Unternehmen wieder einrichten soll und in dieser Funktion Pame auf Pame erleide, bis auf dem handwerklichen Romantismus schließlich ohne sein Einverständnis die Rangierung erfolgt, wird von Wagner nach allen Regeln des Komikermetiers gründlich aufgeföhrt. Der heimtückische Provinzkomiker, dießmalig, behält, ewig aufgeregt, nicht ganz weiterfest gegenüber den Verurteilungen der verärgerten Großstadt, liegt ihm ausgekehrt. Das Auditorium jauchzt aber die Offenbarungen eines in all seiner schreibaren Unfermissigkeit wolk-punktierter Gomers. Auch sind noch ein paar andere zugängliche und gut repräsentierte Schatzkammern da: die griechische Kobaltfängerin Palla Argona (Magdalena Witt), der junge lebensmüde Stummhörer (Carl-Walter Meyer), der wütige Librettist Teddy Brandt (ein anderer Meyer, nach Geschicklichkeit und Witz zu schließen der Familie Alfred Meyer zugehörig), die Landpomeranze aus Ostpreußen (von Pette Scherer geschickt gemacht), der dämliche Wärdener (Reinhold Soli). So wurden aus dem Opernensemble der Bühne unter Dittler Wagners Leitung beachtliche Schatzkammern herausgeholt, die sächsischen Volkstümlichkeiten — namentlich für Wagner selbst — zur Folge hatten.

Die Dienstaufsicht des Staates bei den Gemeinden und ihre zivilrechtliche Bedeutung.

Von Bürgermeister Gottardt, Glinde (Sa.).

Die Gemeinden besitzen das Recht der Selbstverwaltung. Der Artikel 127 der Reichsverfassung verbietet ihnen dieses Recht. Die Selbstverwaltung bewegt sich allerdings nur in den Bahnen, die ihnen die bestehende Reichs- und Landesgesetzgebung gestattet. Die natürliche Folge dieser Tatsache ist, daß die Gemeinden neben den Maßnahmen, die sie auf Grund oberbehördlicher Anordnungen zu treffen haben, auch Aufgaben erfüllen, die lokaler Art sind und die sie infolge des ausschließlich örtlichen Interesses nach freiem Ermessen erfüllen dürfen und auch erfüllen. Auf Grund dieser Entwicklung der Verhältnisse unterscheidet man bei jeder Gemeinde übertragene und andererseits eigene Geschäfte, mit anderen Worten: kommunale Verwaltungsgeschäfte, die der Staatsaufsicht mit absoluter Dienstaufsicht und kommunale Verwaltungsgeschäfte, die einer Staatsaufsicht schlichthin — also ohne ausgeübte Dienstaufsicht — unterliegen. Die §§ 170 folgende der neuen Gemeindeordnung bestätigen diese Feststellung, indem dort festgelegt ist, daß die Staatsaufsicht sich zu beschränken hat einerseits in positiver Beziehung darauf, daß die Gemeinden ihre Aufgaben, die ihnen rechtlich obliegen, verlos erfüllen und andererseits in negativer Beziehung darauf, daß sie ihre Machtbefugnisse nicht missbrauchen. Für die Öffentlichkeit von Interesse ist auch die Tatsache, daß nach der neuen Gemeindeordnung in eigenen Angelegenheiten der Gemeinde in der Regel nur die Beschlussbehörde (Kreisrat) bzw. Bezirksrat (Kreisrat) — nicht die Staatsbehörde — beschließende Anordnungen den Gemeinden erteilen kann, nur wenn Gefahr im Verzuge ist, darf die Staatsbehörde vorläufige Anordnungen treffen. Soweit beides sich diese Ausführungen mit der neuen Gemeindeordnung, die am 1. Juli 1925 in neuer Fassung Wirksamkeit erhielt. Die erste Fassung der neuen Gemeindeordnung vom 1. August 1923 hatte die Genehmigungsbefugnis an Gemeinden bei Aufnahme von Anleihen durch die Beschlussbehörde ganz aufgehoben. Die Beschlussbehörde konnte in dieser Zeit die beschließende Darlehensaufnahme der obersten Gemeinde nur zur Kenntnis nehmen und nur im Notfall, d. h. wenn sie glaubte, in der Aufnahme des Darlehens eine gewisse Gefahr für die betreffende Gemeinde zu sehen, Einspruch dagegen einlegen, über den dann höheren Instanz entschieden werden mußte. Erst die heutige Fassung der Gemeindeordnung hat darin wieder Wandel geschaffen.

Insoweit nun in zivilrechtlicher Beziehung bei einem evtl. Vermögensverluste Gemeindegläubiger und die Gemeinde in ihrer Gesamtheit die Staats- bzw. Beschlussbehörde regelmäßig machen können, hängt nach der Überzeugung des Verfassers des Artikels davon ab, welcher Art von Geschäften die Vermögensverwaltung der Gemeinden zuzurechnen ist. Es ist die Frage zu klären: Gehört die Vermögensverwaltung zu den übertragenen oder eigenen Geschäften der Gemeinde?

Hierüber gibt der § 9 in Verbindung mit § 4 der neuen Gemeindeordnung eine einwandfreie Auskunft.

Im § 9 S. 1 u. 2. ist u. a. gesagt, daß die Gemeinden in der Verwaltung der Gemeindevermögen frei sind. Nicht abzusetzen ist, daß es sich dabei — wie in Fußnote 1 zu § 9 S. 1. — auch ausgesprochen ist — um eine bedingte Freiheit handelt, um Beschränkungen, die in den folgenden Vorschriften des § 9 und den folgenden §§ 10 bis 18 S. 1. sowie in den Besonderen des staatlichen Aufsichtsrechtes (§ 170 folgende S. 1.) verankert sind. Diese Tatsache kann aber an der rechtlichen Seite des Grundgesetzes nicht ändern, daß der Staat trotz Staatsaufsicht über die von den einzelnen Gemeinden aufgenommenen Darlehen keine Haftung übernimmt. Die Darlehen aufnehmende Gemeinde ist als alleinige Schuldnerin anzusehen. Die erforderliche oberbehördliche Genehmigung zur Aufnahme kommunaler Darlehen stellt lediglich die Bedingung der Wirksamkeit der Darlehensaufnahme dar. Sie führt keinesfalls zur gegenseitigen Haftung des Staates. Es ergibt sich dies aus dem Sinne und dem Zweck des Erfordernisses der Genehmigung. Die Genehmigungsbefugnis ist eben nur eine praktische Auswirkung der Staatsaufsicht, die im Interesse der Gemeinden von dem Staat verfolgt, nämlich dem Gemeinden Schutz zu bieten gegen eine übermäßige untragbare Schuldenaufnahme und andererseits die nachmalige Nachprüfung des Darlehensgeschäfts in verwaltungsrechtlicher Beziehung. Die Genehmigungsbefugnis der Beschlussbehörde bei Aufnahme der Gemeindeanleihe stellt damit nichts weiter dar als eine mit dem Sinne des Artikels 127 der Reichsverfassung in Einklang zu bringende Beschränkung im ureigensten Interesse der Gemeinden, und nach außen — wie bereits gesagt — eine Bedingung für die Rechtsgültigkeit des abzuschließenden Darlehensgeschäfts. Sie ist mithin auch nicht geeignet, eine Haftung der Staatsregierung bzw. der Beschlussbehörde für das eingegangene Darlehensgeschäft einer Gemeinde in rechtlicher Beziehung einwandfrei zu belegen.

Das Ergebnis der Präsidentenwahl.

Die letzten Zahlen des Wahlleiters.

Zur dem Reichswahlleiter vorliegende vorläufige amtliche Wahlergebnis der Reichspräsidentenwahl stellt sich auf Grund von Berichtigungen wie folgt:

Wahlberechtigte	37 657 199.
Zuckerberg	2 358 813
Hindenburg	18 654 244
Hittler	11 941 119
Häselmann	4 982 879
Winter	111 492
Zeitschrift	8 661.

Politischer Osterfrieden.

Berlin, 15. März. Das Reichsinnenministerium bereitet, den Blättern zufolge, eine Vorlage vor, nach der die

politischen Parteien in der Annahme vom 30. März bis zum 30. März durchzuführen werden sollen. Das Reichskabinett wird sich mit der Vorlage in einer seiner nächsten Sitzungen beschäftigen.

Die sächsische Regierung hat bereits für die Osterwoche ein Demonstrationsverbot erlassen.

Gegen ausländische Zollmauern. Bevorstehende Anwendung des Oberzolltarifs.

Berlin, 14. März.

Durch Verordnung der Reichsregierung wurde vor einigen Tagen der bisherige deutsche Zolltarif durch einen Oberzolltarif ersetzt, um die Waren aus solchen Ländern, die keine Handelsverträge mit Deutschland haben und deutsche Waren differenzieren, bei der Einfuhr nach Deutschland ebenfalls höheren Zollsätzen zu unterwerfen. Solche Länder sind die Schweiz, Australien, Kanada und Polen. Die Anwendung des Oberzolltarifs auf die Schweiz kommt, da beiderseits autonom gewährte Zollbegünstigungen bestehen, nicht in Betracht. Von der Anwendung des Oberzolltarifs auf Australien wird zunächst abgesehen.

Zunehmend wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen eine Verordnung der Reichsregierung veröffentlicht werden, wodurch der Oberzolltarif gegenüber Kanada und Polen mit Wirkung vom 1. April ab in Kraft gesetzt werden wird.

Die Anwendung des Oberzolltarifs gegenüber Kanada wird sich auf wenige Zollpositionen beschränken und kann wieder suspendiert werden, wenn es in Handelsvertragsverhandlungen mit Kanada kommt.

Der Warenverkehr zwischen Deutschland und Polen ist seit Jahren durch Einfuhrverbote und Kampfzölle beiderseits erheblich eingeschränkt. Polen hat die deutsche Ausfuhr nach Polen fast völlig erbrockelt. In manchen Fällen ist nur widerwillig Polen auf dem Wege weiterer Beschränkungen folgen wollte, haben sich die beiden Regierungen verständigt, durch Verhandlungen eine Einschränkung der beiderseitigen Absperrungsmaßnahmen zu versuchen. In diese Verhandlungen seit einer Woche in Warschau im Gange sind, wird der Oberzolltarif Polen gegenüber zunächst nur mit denjenigen Positionen in Kraft gesetzt, die schon bisher durch Einfuhrverbote oder Kampfzölle gedeckt gewesen sind. Die weitere Anwendung des Oberzolltarifs hängt von dem weiteren Ergebnis der schwebenden Verhandlungen ab.

Der deutsche Außenhandel im Februar 1932.

Berlin, 15. März.

Die deutsche Einfuhr im Februar (441 Mill. RM.) hat gegenüber der tatsächlichen Einfuhr im Januar (425 Mill. RM.) um 16 Mill. RM. zugenommen. An der Zunahme sind überwiegend die Rohstoffe beteiligt.

Die Ausfuhr ist mit 527 Mill. RM. um 3 Mill. RM. geringer ausgewiesen als im Vormonat; einschließlich der Reparations-

lieferungen beläuft sie sich im Februar auf 538 gegen 542 Mill. RM. im Januar. Der geringe westmährige Rückgang beruht ausschließlich auf dem weiteren Absinken der Durchschnittswerte um 1,4 Prozent. Nennenswertig hat der Rückgang nach dem Auslande sogar eine geringe Zunahme erfahren.

Die Handelsbilanz schließt im Februar mit einem Ausfuhrüberschuß von 86 Millionen RM. gegenüber dem tatsächlichen Ausfuhrüberschuß von 105 Millionen RM. im Januar ab. Einschließlich der Reparationslieferungen beträgt der Überschuß 97 (Januar 117) Mill. RM.

Keine Auswirkungen des Todes Kreuzers auf die 500-Millionen-Anleihe.

Berlin, 14. März.

Im Zusammenhang mit dem Selbstmord des schwedischen Finanzmannes Joor Kreuzer sind auch verschiedentlich Fragen aufgetaucht über die Auswirkungen auf Deutschland. Von unterrichteter Seite wird dazu festgestellt, daß die Rück- und Zinszahlungen aus der 500-Millionen-Anleihe, die Deutschland im Jahre 1925 aufgenommen hatte, an das amerikanische Bankhaus Lee Higginson erfolgen, das die Anleihe seinerzeit vorfinanziert hat. Da die Firma Kreuzer bereits ihren Gegenwert bei Lee Higginson abgedeckt hat, so bestehen Beziehungen Deutschlands nur zu diesem Bankhause. Im übrigen läuft die Anleihe 50 Jahre. Die Fälligkeit, deren Nominalbetrag so hoch ist, daß sie nicht für den Publikumsverkehr in Frage kommen, dürfen erst im Jahre 1935 auf den Markt gebracht werden.

Preußenwahlen 24. April.

Berlin, 14. März.

In der Sitzung des händigen Ausschusses des Preussischen Landtags wies Minister Severing in der Begründung des Regierungsvorschlages, die Wahl am 17. April vorzunehmen, darauf hin, daß der frühere Wahltermin denjenigen Parteien entgegenkommt, die vor einem Jahr die Auflösung des Landtags betrieben hätten. Alle Gerichte, daß die Regierung Neuwahlen verhindern wolle, seien unzutreffend. Eine weitere Hinausschiebung der Wahl sei sowohl im Interesse der Wirtschaft als auch wegen der übermäßigen Inanspruchnahme der Polizei nicht möglich, wenn ein ordnungsmäßiger Verlauf der Wahlvorbereitungen gewährleistet sein solle. Die Regierungsparteien beantragten, die Wahlen am 24. April vorzunehmen. Auf diesen Termin hatte man sich in einer interfraktionellen Besprechung vorher geeinigt. Maßgebend für die Verschiebung gegenüber dem Regierungsvorschlag war vor allem die ordnungsmäßige Erledigung des preussischen Etats. Mit den Stimmen der Regierungsparteien beschloß der händige Ausschuss, den 24. April als den Wahltag festzulegen.

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, den Wahlquotienten für die preussischen Wahlen auf 50 000 festzusetzen. Der Wahlquotient war früher 40 000 und wurde durch die preussische Sparverordnung auf 60 000 erhöht. Es ist nunmehr eine Verordnung der Staatsregierung zu erwarten,

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Unter-Vorkriegspreis!

Lieder- und Kriegerabend. Elsa Wiber von der Staatsoper gab gestern im Vereinshaufe ihr erstes Gesangsconcert in Dresden im Zeichen eines großen Abends, der sich schon durch den nicht gestörten Saal dokumentierte. Die hochbegabte Künstlerin hat im jugendlich-dramatischen Fach bereits starke Erfolge erzielt, auch als Wagner-Sängerin mit Elsa und Erchen und der 1. Meinhofen. Elisabeth und Erna dürften bald folgen. Daneben zeigte sich von Anfang an ein bedeutendes Spielertalent, man denke nur an die Rolle des Wäldchens in dem köstlichen Opern-Sinfonie von Reynaud. Bereits in den ersten Monaten ihrer Dresdener Tätigkeit hatte Elsa Wiber Gelegenheit, bei einem Stiftungsfeste der „Liedertafel“ und in anderen Vereinsveranstaltungen als Konzertsängerin aufzutreten, denn das Publikum war ihr nicht fremd. In der nordwestdeutschen Heimat konnte sie bereits manchen Sieg im Gesange erringen. Und so hat sich das Gesangstalent allmählich zu bedeutender Höhe entwickelt. Weiter wurde diese echte Sopranstimme in der ganzen Schönheit der Tongebung und des weitspannenden, hinsichtlich der Register auch gleichwertigen Tonumfangs offenbar. Der Leichtfuß der Sopranistin in Brust- und Kopfstimme steht ein dastig, edel gerundetes Piano von gleich hohem Wohlklang gegenüber. Kurz, eine Unmenge von geländigen und musikalischen Vorzügen dringt Elsa Wiber als Konzertsängerin mit. Wenn, wo viel Licht, ist auch Schatten. Einzelne hohe und schwache Töne scheinen sich in den höchsten und tiefsten Tönen ein. Sie sind vielleicht durch die noch nicht einwandfreie Vokalbildung bedingt und durch eine minder sorgfältige Behandlung der Rebenstimmen erklärt. Der deutsche Text erfordert eine viel intensiveren Genauigkeit als die englische und italienische (überhörsende) Wortfolge. Frau Wiber als denkerde und mit dem Herzen singende Künstlerin wird das selbst nicht übersehen. Auch ausländische Gesänge folgten 8 der herrlichen Brahmestraße, die vornehmlich das Obengesang erheiterten. Neben wunderbar Geprägenem und schloßend-

vollendetem fanden da gelegentlich vom „Singschertentel“ beeinflusste Stellen. Bei den Opernarien des letzten Teiles überzog das Gefühlsmäßige. Die Verleistung der sogenannten „Kinderfrankheiten“ dürfte bei Elsa Wiber nur eine Frage der nächsten Zeit sein, weil der Sängerin in Richard Strauss ein Stückchen am Fingel zur Verfügung steht, dem als Hüter des Belcanto die künstlerische Wahrhaftigkeit über alles geht. Selbstverständlich mußte Frau Wiber noch in eine wesentliche Programmveränderung einwilligen. Sie wandte bei einem kranken Strahl zusammen, in dem die „Heldblumen“ besonders reizvoll anmuteten.

11. Deutsches Sängerbundesfest in Frankfurt a. M.

(21. bis 24. Juli.)

Uraufführung der preisgekrönten Chöre. Die durch Staatspreise des Reichsinnenministeriums ausgezeichneten Chöre werden in den Bedingungen des Ausschreibens gemäß während des Frankfurter Festes zur Uraufführung gelangen. Der Konzertabend gibt jetzt die Namen der Chorvereinigungen bekannt, die sich bereit erklärt haben, die preisgekrönten Werke in Frankfurt zum Vortrag zu bringen.

Von den drei Werken des ersten Preisträgers W. Kellin übernimmt der Gau Ruchelstein-Rassel das große Chorwerk mit Orchester „Sonnenlichter“, die „Deutsche Messe“ die vereinigten Sängerschaft von Reheim a. d. Ruhr, den „Ruh-Hymnus“ der Berliner Lehrergesangsvereine; die Kantate „Der jüngste Tag“ für Gemischten Chor, Soli und Orchester von Otto Jochum wird der Sängerkreis der Lehrervereinigung gemeinsam mit der Singakademie Frankfurt a. M. zur Aufführung bringen, während die „Alten Weiden“ desselben Komponisten, 21 Chöre mit und ohne Begleitung von Instrumenten umfassen, einer ganzen Reihe angelegener Werke übertragen werden sind: Düsseldorf, Rasselstein und Bructer Männergesangsverein, Wiener Schaubund, Wormsener Lehrergesangsverein, Breslauer Männergesangs-

verein Augustus, Hannover, Sängerkreis „Him-Schwaben“. Der beiden geistlichen Werke von Hubert Weiser, einer Motette für gemischten und einer Chor-Rolette für Männerchor, werden sich der Kasseler A-cappella-Chor und der Essener Schubertbund annehmen. Für das Werk von Rudolf Schmitt „Schmitzer Tod“ wird sich der Rärnberger Lehrergesangsverein, für Julius Gattens „Alte Tanzlieder“ der Reiche Männerchor, für in Gemeinlichkeit mit „Liederkreis“, Vangen und für Franz Schreier „Es waren zwei Königskinder“ der Kaiserliche Madrigalchor, Frankfurt a. M. einsetzen. Louis Dines „Ein Stilles wohnt fröhlich sein“ wird voraussichtlich der Wiener Schubertbund aus der Taufe heben.

Die Uraufführungen, eine für ein deutsches Sängerbundesfest völlig neue Veranstaltung, die sich indessen in den Musikplan des Festes einfügen, werden ein höchst interessantes Ereignis darstellen. Die Uraufführung des Preisgekrönten Chores, die sich indessen in den Musikplan des Festes einfügen, werden ein höchst interessantes Ereignis darstellen. Die Uraufführung des Preisgekrönten Chores, die sich indessen in den Musikplan des Festes einfügen, werden ein höchst interessantes Ereignis darstellen.

Wie die Lieder-Krantheit übertragen wird.

Die Lieder-Krantheit oder Agans, eine durch Expanzomen übertragene Krantheit, die das Herz befallt und der Schilddrüse verunreinigt ist, bildet die häufigste Ursache der schilddrüsenischen Herden. Man nahm bisher an, daß das Blut der wild lebenden Tiere die einzige Quelle sei, durch die die Übertragung erfolgt, indem die Expanzomen, die durch die Lieder-Bliegen in das Blut des Wirtes gelangen, von dort auf die Haustiere übergehen. Infolgedessen wurde seit Jahren gefordert, daß die Wildgegendgebiete im Jaisalmer und die Tiere als gefährliche Krankheitsüberträger vernichtet würden. Die aber nun der Direktor des National-Instituts in Durban mitteilt, hat der Naturforscher Davidson durch eingehende Versuche nachgewiesen, daß die Erreger der Agans-Krantheit aus dem Saft bestimmter Pflanzen übertragen werden, von denen sich die Lieder-Bliegen ernähren. Die Haustiere fressen sich an durch das Blühen dieser Pflanzen. Der Wildbestand ist also

an der Ausbreitung dieser furchtbaren Krankheit ausschlaggebend.

Sächsische Staatstheater. Czernbau, Margra Wittwe. Kurecht H. „Cassparone“ von Müllers mit den Damen Kollat, Bömer, Kollat, den Herren Stagemann, Schöller, Ermold, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer.

Chaulpfeisen. Wittwe, den 16. März. Kurecht H. „Cassparone“ von Müllers mit den Damen Kollat, Bömer, Kollat, den Herren Stagemann, Schöller, Ermold, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer.

Wittwe. Kurecht H. „Cassparone“ von Müllers mit den Damen Kollat, Bömer, Kollat, den Herren Stagemann, Schöller, Ermold, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer.

Wittwe. Kurecht H. „Cassparone“ von Müllers mit den Damen Kollat, Bömer, Kollat, den Herren Stagemann, Schöller, Ermold, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer.

Wittwe. Kurecht H. „Cassparone“ von Müllers mit den Damen Kollat, Bömer, Kollat, den Herren Stagemann, Schöller, Ermold, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer.

Wittwe. Kurecht H. „Cassparone“ von Müllers mit den Damen Kollat, Bömer, Kollat, den Herren Stagemann, Schöller, Ermold, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer.

Wittwe. Kurecht H. „Cassparone“ von Müllers mit den Damen Kollat, Bömer, Kollat, den Herren Stagemann, Schöller, Ermold, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer. Musikalische Leitung: Kollat, Bömer, Lehmer.

Arbeitsmarkt und Baupolitik.

Ein Vortrag des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Halle, 14. März.

Der fast völlige Stillstand der Bauwirtschaft hatte den Mitteldeutschen Bauverein Halle der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen veranlaßt, kürzlich auf einer aus allen Kreisen der mitteldeutschen Verwaltung und Wirtschaft außerordentlich zahlreich besuchten Rundgebung, den engen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Baupolitik aufzuzeigen. Nach einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden Graf Dr. Hellmann führte der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Geheimrat Dr. Strupp u. a. aus: Aus dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung ist die Reichsanstalt im Wege der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge, also bei gemeinnützigen und zulässigen Arbeiten, tätig geworden. Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen stehen große wirtschaftliche Tiefbauarbeiten, bei denen die Bewegung großer Erdmassen und mit ihnen das Anlegen vieler Arbeiter die entscheidende Rolle spielt (Religionen, Fließregulierungen, Talsperren, Straßen- und Eisenbahnbauten). Gemeinnützigkeit bedeutet allerdings nicht Kleinarbeit, sondern die ordnungsgemäße Verrichtung der Bauten durch die öffentlichen Bauherren an die Bauindustrie. Im Laufe der letzten fünf Jahre sind von der Reichsanstalt und von Reich und Ländern für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge rund eine Milliarde Mark ausgebracht und damit Arbeiten mit einem Gesamtwert von rund zwei Milliarden Mark in Gang gesetzt worden. Für die Zukunft ist die Finanzierung der Bauarbeiten jedoch zurzeit noch ungewiß. Die Reichsanstalt wird auch künftig ihre Zuschüsse geben und die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten hat bisher 30 Millionen Mark bereitgestellt und wird diesen Betrag noch erhöhen. Taugen ist es zurzeit noch ungewiß, in welchem Ausmaß die Länder in ihren Staatshaushalten Mittel bereitstellen und welche Träger der Arbeiten die Kosten aufbringen. Immerhin ist sicherlich zu erwarten, daß auf dem Gebiete der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge eine ganze Reihe volkswirtschaftlich hochwertiger Arbeiten in Angriff genommen wird.

Seiner Einführung konnten von der Reichsanstalt etwa tausend Arbeiten anerkannt werden, die etwa 25 000 bis 30 000 Arbeitsdienwilligen Beschäftigung geben. Auch bei diesen Arbeiten muß der Grundbesitz der Verpflichtete erfüllt sein, damit dem freien Arbeitsmarkt nicht planmäßige Arbeiten entzogen werden und das Baugewerbe nicht noch mehr geschädigt wird. Die Strukturänderungen der deutschen Wirtschaft lassen es kaum möglich erscheinen, auch bei günstiger Konjunktur das Millionenheer der Arbeitslosen wieder in den alten Arbeitsmärkten unterzubringen. Ein Teil der arbeitslosen Industriearbeiter muß auf das Land zurückgeführt oder auf landwirtschaftliche und gärtnerische Arbeiten umgestellt werden. Die Entscheidung über die Möglichkeit einer auf die Dauer wirksamen Arbeitsbeschaffung liegt überwiegend auf finanziellen Gebiet. Lebten wir in normalen Zeiten mit gutem Kapital- und Kreditmarkt so würden wir im Baugewerbe Hunderttausende von Arbeitslosen in Arbeit bringen und dadurch eine Belebung der gesamten Wirtschaft herbeiführen können, die dem Arbeitsmarkt ein völlig anderes Aussehen geben würde. Die normalen Jahresausgaben für den großen Straßenbau in Deutschland einschließlich der bühnen Durchgangstraßen betragen nach schätzungsweise Schätzung 600 Mill. M. Dazu kommen die Ausgaben der Städte für die übrigen Straßen in Normalbeträge von 600 bis 700 Mill. M. Das Finanzmangel der notwendigen Instandsetzungsarbeiten bedeutet für spätere Jahre eine Verdrängung der Unterhaltungskosten. Die Unterlassung von Arbeiten des Hochwassererschutzes hat Hochwasserbeschädigungen zur Folge, die alljährlich auf viele Millionen Mark zu veranschlagen sind. Etwa 8 bis 10 Mill. Hektar, d. h. ein Drittel des gesamten Ackerbodens ist drainierungsbedürftig. Eine Million Althäuser ist vorhanden, deren vernünftiger Zustand eine Beschäftigungsmöglichkeit für 400 000 Bauarbeiter für ein Jahr eines Jahres geben könnte. Diese Beispiele zeigen, welche fast unerschöpfliche Arbeitsgelegenheit das Baugewerbe bietet, sobald der Produktions- wie der Konsumgüterindustrie durch die Inangriffnahme auch nur eines Teiles solcher Arbeiten gegeben werden können.

nach die die preussische Sparverordnung abgeändert wird. Bei den kommenden Präsidentschaftswahlen wird also auf 50 000 Stimmen ein Abgeordneter entfallen. Der neue preussische Landtag, für den man 850 Abgeordnete erwartete, wird danach voraussichtlich 400 bis 450 Abgeordnete zählen.

Die Wahlen in Bayern am 24. April?

Württemberg, Preußen und Bayern sind übereingekommen, die Landtagswahlen am gleichen Tage abzuhalten. Da der händliche Ausschuss des Preussischen Landtags gestern beschlossen hat, die Wahlen in Preußen am 24. April stattfinden zu lassen, dürfte auch die Wahlen in Württemberg und Bayern auf den gleichen Tag festgelegt werden. Die formelle Entscheidung wird heute oder morgen im Ministerrat fallen.

Die gestrige Sitzung des Verwaltungsrates der BZ.

Basel, 14. März.
Nach Schluß der Verwaltungsratssitzung der BZ wurde folgende Mitteilung abgegeben:
Der Verwaltungsrat der BZ hat heute Montag, den 14. März, seine 19. Sitzung in Basel abgehalten. Nach Erledigung einzelner rein verwaltschaftlicher Fragen hat der Verwaltungsrat den Geschäftsausweis entgegengenommen, der eine Bilanzsumme von 1011 Mill. Schweizer Franken ausweist, wovon 480 Mill. auf Einlagen der Zentralbanken entfallen gegenüber 475 Mill. am 31. Januar. Der Verwaltungsrat hat ferner den Bericht über die Geschäftstätigkeit der Bank in der Zeit vom 1. bis 29. Februar genehmigt. Er hat sodann die Maßnahmen beauftragt und genehmigt, welche der Präsident im Einverständnis mit den drei anderen beteiligten Banken zur Erneuerung des sich auf ein Viertel belaufenden Anteiles der BZ, an dem der Reichsbank gewährten Gesamtkredit von 90 Mill. Dollar bis zum 4. Juni d. J. getroffen hat, nachdem der am 4. März fällig gewordene Gesamtkredit von 100 Mill. von der Reichsbank durch die an diesem Tage erfolgte Rückzahlung von 10 Mill. Dollar vermindert worden war. Nach Kenntnisnahme des von Dr. Bruns bzw. Herrn Bruce vorgelegten Berichtes über die österreichische und ungarische Lage sowie des Standes der Verhandlungen über eine Stärkung des für die Aktiva der BZ, in Art. 10 des Haager Abkommens vorgesehenen Schutzes hat der Verwaltungsrat beschlossen, die zweite jährliche Generalversammlung am 10. Mai 1932 abzuhalten, und die Tagesordnung für die Versammlung genehmigt. Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates findet am 11. April in Basel statt.

Bildung des Remeldirektoriums.

Der Präsident des Remeldirektoriums Emmat hat heute mittig sein Direktorium endgültig gebildet und zu Mitgliedern dieses Direktoriums den Richter Reissig und den Kaufmann Radgich ernannt, so daß das Direktorium jetzt aus Emmat, dem in voriger Woche ernannten Tolischus und den beiden Obgenannten besteht. Die Ernennung Radgichs und Reissigs ist besonders deshalb bemerkenswert, weil diese beiden schon feinerzeit vom Landtage das Vertrauen erzielten.
Die Nachrichten aus Remel, wonach Emmat sein Direktorium endgültig gebildet und mit Tolischus, Reissig und Radgich besetzt hat, gibt zu der Feststellung Veranlassung, daß der Landtag gegenüber dem Präsidenten Emmat und Tolischus, beide Nationalistauer, bereits in dem Sinne Stellung genommen hat, daß sie das Vertrauen nicht erhalten könnten. Für Reissig und Radgich gilt logischerweise das gleiche, weil sie beide als Remeldirektorpräsidenten zu ihrer Zeit bereits Vertrauensvoten erhalten haben. Es handelt sich um ein rein litauisches Direktorium, das weder dem Sinne der Remeldirektion noch dem Beschluß des Völkerbundrates vom 20. Februar d. J. entspricht, der die Errichtung eines verfassungsmäßigen Direktoriums fordert. Dafür tragen die Signatarmächte sowohl als Mitunterzeichner der Konvention wie als solche des vorerwähnten Ratifikationsbeschlusses die Verantwortung; sie werden also dafür sorgen müssen, daß der neue litauische Versuch tatsächlich eine geeignete Korrektur erfährt.

Die Prohibitionsbewegung in den Vereinigten Staaten.

Washington, 14. März.
Das Repräsentantenhaus hat heute mit 227 gegen 187 Stimmen die Prüfung eines Gelegenheitsurteils abgelehnt, der Übertragung der Alkoholkontrolle an die einzelnen Staaten zum Gegenstand hat. Die Gegner des Alkoholverbotes fühlten sich durch diese Abstimmung sehr ermutigt, da die für den Gelegenheitsurteil stimmenden Mitglieder des Repräsentantenhauses so zahlreich waren.

Rücktritt des japanischen Innenministers.

Der Innenminister Katakashi ist zurückgetreten, angeblich aus Gesundheitsgründen, tatsächlich aber — wenigstens wird dies vielfach behauptet — um sich dem schweren Tadel zu entziehen, der während der Sondertagung der Kammer am 18. März gegen ihn ausgesprochen werden dürfte, weil er den Vorschlag gegen den Kaiser am 8. Januar d. J. und die Ermordung Takama Dans nicht zu verhindern wußte. Man erwartet, daß der Rücktritt des Ministers zur Bildung einer „nationalen Regierung“ führt.

El Salvador erklärt ein allgemeines Moratorium.

Das Nationalparlament der Republik El Salvador hat ein allgemeines Moratorium erklärt.
Neue Verhandlungen von Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei. In Auszug wurde der Sekretär des nationalsozialistischen Abgeordneten Kreises, Paul Jilng, in Genesung. In Teplitz und Bodenbach sind ebenfalls ein Nationalsozialist verhaftet worden. Außerdem sollen 15 neue Strafzinsigen in Nordwestböhmen erkrankt worden sein. In Jmstautan an der böhmisch-mährischen Grenze wurde ein Fabrikdirektor namens Oskar Schmidt verhaftet, der angeblich ein Hitler-Anhänger sein soll.

Annahme des französischen Haushalts in der Kammer.

Die Kammer hat in einer Nachtigung den Einnahmehaushalt verabschiedet und den Gesamthaushalt für 1932 mit 386 gegen 133 Stimmen angenommen. Die Einnahmen und Ausgaben belaufen sich danach wie folgt: Einnahmen 41 184 541 481 Franken, Ausgaben 41 179 808 080 Franken. Einnahmehüberschuß mithin 4 733 401 Fr.
Der neue mandatsfähige Staat erucht Washington um Anerkennung. Beim amerikanischen Staatsdepartement ist ein Gesuch des neuen selbständigen mandatsfähigen Staates um Anerkennung eingegangen. Die Beamten des Staatsdepartements haben es abgelehnt, den Wortlaut zu veröffentlichen, mit der Begründung, daß eine Veröffentlichung dem Charakter eines amtlichen Dokuments geben würde.

Aus Sachsen.

Kreishauptmannschaft Dresden.

Gottwein (Schlagerei). In der Nacht zum Sonntag kam es hier zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Anhänger der Eisenen Front. Der einer Schlagerei auf dem Kirchberg wurde der 23 Jahre alte der R.D. angehörende Erwerbslose Rietchel aus Bergschleib durch Schläge über Kopf und Arm erheblich verletzt, während sein Bruder mit einem Lungenschuß in das Berliner Stadtkrankenhaus eingeliefert werden mußte. Die beiden schwerverletzten Brüder sind Fürsorgeempfänger. Auch ein SA-Mann trug erhebliche Verletzungen davon.

Wendischdorf. (Verurteilung.)

Der Prokurator wird nunmehr auch das Dresdener Landgericht beschuldigen. Die verurteilten Brüder Bergmann, die sechs bzw. drei Jahre Zuchthaus erhalten hatten, haben Verurteilung eingeleitet. Auch von Seiten der Staatsanwaltschaft liegt gegen alle drei Angeklagten, auch gegen den freigesprochenen Angeklagten Robert Herrmann, Verurteilung vor.

Kreishauptmannschaft Leipzig.

Geld. (Strafverfahren.) Das Gericht verurteilt zwei 17 Jahre alte Beteiligte, die am 3. November d. J. von einem nationalsozialistischen Kräfte auf dem Friedhofe die Schleiße abgerissen und verbrannt hatten, zu je 30 RM Geldstrafe.

Strimma. (Handelschule.)

Am Sonntag beging die Öffentliche Handelschule Strimma im Ratshaus die Feier ihres 75-jährigen Bestehens. Als Ehrengäste waren u. a. erschienen Oberregierungsrat Professor Dr. Schubert vom Ministerium für Volkserziehung, Regierungsrat Müller von der Amtshauptmannschaft Strimma, Präsident der Industrie- und Handelskammer Leipzig Dr. Belle und Sanitäts Dr. Glad, Vertreter der D.D.S., des D.M., des Gewerbevereins und der Strimmaer Schulen, sowie Bürgermeister Dr. Hornig. Der jetzige Leiter der Schule Direktor Dr. Strohschneid gab einen Überblick über den Bestehen der Wirtschaftswissenschaften und den heutigen Stand des Handelsschulwesens. Das Jubiläumsjahr kann mit dem Ergebnis abgeschlossen werden, daß bis jetzt schon etwa 40 Proz. mehr Anmeldungen für das neue Schuljahr vorliegen als im vergangenen Jahr.

Waldheim. (Todesfall.)

Als die Ehefrau des Handarbeiters Ulrich am Montag nachmittags nach Hause kam, entdeckte sie bei Betreten der Wohnung starken Geruch nach Kohlenmonoxid. Die Absperrung wurde sofort abgebrochen. Als die sofort benachrichtigte Polizei die Tür gewaltsam öffnete, fand man Ulrich und seine neunjährige Tochter tot am Boden liegend auf, während ein zwei- und ein siebenjähriges Mädchen leblos auf dem Sofa lagen. Ulrich hatte sich und die Kinder mit Gas vergiftet.

Kreishauptmannschaft Chemnitz.

Chemnitz. (Sängerfest.) Der Ergebirgische Sängerbund hielt hier seine Jahrestagung ab. Mit der Abhaltung des Frankfurter allgemeinen Deutschen Sängertages 1932 erklärte sich die Versammlung einverstanden. Der Ergebirgische Sängerbund umfaßt zurzeit über 200 Vereine (Wohlfahrtsvereine). Wie von der Nachrichtenstelle der Stadt Chemnitz mitgeteilt wird, betragen im Monat Februar die von der Stadt laufend gezahlten Barunterstützungen 1 608 064 M. Davon entfielen allein 1 351 428 M. auf der Fürsorge für die Wohlfahrtsvereine. Chemnitz stand mit 176,5 Erwerbslosen auf 1000 Einwohner auch im Monat Februar hinsichtlich der Wohlfahrtsfälle an der Spitze der deutschen Großstädte.

Widha. (Selbstmord.)

Wie von der Nachrichtenstelle der Stadt Chemnitz mitgeteilt wird, betragen im Monat Februar die von der Stadt laufend gezahlten Barunterstützungen 1 608 064 M. Davon entfielen allein 1 351 428 M. auf der Fürsorge für die Wohlfahrtsvereine. Chemnitz stand mit 176,5 Erwerbslosen auf 1000 Einwohner auch im Monat Februar hinsichtlich der Wohlfahrtsfälle an der Spitze der deutschen Großstädte.

Widha. (Selbstmord.)

Wie von der Nachrichtenstelle der Stadt Chemnitz mitgeteilt wird, betragen im Monat Februar die von der Stadt laufend gezahlten Barunterstützungen 1 608 064 M. Davon entfielen allein 1 351 428 M. auf der Fürsorge für die Wohlfahrtsvereine. Chemnitz stand mit 176,5 Erwerbslosen auf 1000 Einwohner auch im Monat Februar hinsichtlich der Wohlfahrtsfälle an der Spitze der deutschen Großstädte.

gendes Ergebnis zu verzeichnen. Vorhanden waren 633 Wahlberechtigte, wovon 599 Stimmen abgegeben wurden sind. Davon entfielen auf die SPD 108 Stimmen — 3 Sitze, auf die Freie soziale Vereinigung 209 Stimmen — 4 Sitze, auf die KPD 100 Stimmen — 2 Sitze und auf die NSDAP 116 Stimmen — 2 Sitze. 8 Stimmen waren unglücklich. Wieder legte sich das Gemeindeordnungs-Kollegium aus sieben linken und vier rechten Vertretern zusammen. Die Neuwahl fand auf Grund eines Gemeindebürgermeisters und ergab somit sechs rechte und fünf linke Vertreter.

Kreishauptmannschaft Zwickau.

Zwickau. (Erneut verurteilt.) Der frühere Bürgermeister von Zwickau b. Hohenstein-Grünthal, Otto Werner, ist vor einiger Zeit wegen Anklage zum Tode zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt und seines Amtes entsetzt worden. Werner hatte sich nunmehr in einem neuen Verfahren vor dem Zwickauer Schöffengericht wegen gewaltsamer Urkundenfälschung und Betrugs zu verantworten. Werner hatte zwei Wechsel in Höhe von 1000 bzw. 2000 M. mit der Unterschrift eines gewissen Paul Meinhold versehen. Die beiden Wechsel mußten später von der Gemeinde Zwickau eingelöst werden. Das Gericht verurteilte Werner unter Verlesung der bereits gegen ihn verhängten Gefängnisstrafe zu 2 Jahren 11 Monaten Gefängnis.

Bermischtes.

Todesurteil.

Das Eibinger Schwurgericht verurteilte den Gutarbeiter Schimanski aus Stein bei Deutsch-Walau wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Er hatte in der Nacht zum 22. Januar d. J. die 16 Jahre alte Schülerin Ilse Kegel, die Tochter des Gutbesizers auf Gut Stein, in den Stall gelockt, sie dort zu vergewaltigen versucht und das Mädchen, als es sich wehrte, erstickt.

Selbstmord George Casmans.

Der bekannte Multimillionär und Aufsichtsratsvorsitzende der Casmans-Rohol-Werkschaft, George Casman, hat seinen Leben durch Erhängen ein Ende bereitet. George Casman, der im Alter von 77 Jahren stand, war seit längerer Zeit leidend. Sein Arzt vermutet, daß er die Tat in einem Schwermuttsanfall begangen hat.

Kreuzer-Direktor an Herzschlag gestorben.

Wie der „Berliner Volkszeitung“ meldet, ist in Stockholm einer der Direktoren des Kreuzer-Kongerns, Ferrander, auf die Nachricht von dem Selbstmord seines Chefs an einem Herzschlag gestorben.

Lehrer und Schüler ertrunken.

Einige Schulfreunde aus Göttinge betreten das Eis am Ufer des Röhreises, wagten sich zu weit auf den See hinaus und brachen dann durch die dünne Eidecke. Dem Lehrer RISTORER gelang es, zwei Kinder zu retten. Bei dem Versuch, auch das dritte Kind zu bergen, brach er selbst ein und ertrank mit ihm. Die beiden Leichen konnten geborgen werden.

Überschwemmungen in Rumänien.

Die unberechenbare Tauwetter und Regenfälle haben in vielen Gebieten Rumaniens zu heftigen Überschwemmungen geführt. Brücken und Eisenbahnhäfen sind zerstört, viele Dörfer stehen vollkommen unter Wasser. In Bukarest und Jassy sind eine Reihe von Außenbezirken ebenfalls überschwemmt. In ungewissen wieder unvermittelt Frost eingeleitet hat, sind die Wasserläufe auf Straßen und Plätzen gletscherartig vereist.

Überführung der Leiche Kreuzer. Die Leiche des schwedischen Jüdischens Jozef Kreuzer ist zur Beerdigung freigegeben worden. Sie wird wahrscheinlich von Paris nach Stockholm übergeführt werden, wo die Beerdigung erfolgen soll.

Was jeder zum Arbeitsrecht wissen muß.

Von Dr. F. Scharf, Verlag Witz, Stollfuß, Bonn. Preis 1,25 RM. Mehr denn je werden Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Arbeitslose sich mit den Rechten und Pflichten des Arbeitsrechts vertraut machen müssen. Um die in weiten Kreisen nur wenig bekannten Grundbegriffe dieses so wichtigen Rechts- und Wirtschaftsgebietes allen Interessenten leicht zugänglich zu machen, hat der Verfasser diese in empfehlender Schrift in seine bekannte Schriftreihe „Hilf dir selbst“ aufgenommen. Auf eine streng juristische Sprache sowie auf Wiederholungen der Paragraphen ist verzichtet worden, aber gerade dadurch gewann die Schrift an Klarheit und ist leicht verständlich für jedermann.

Amtliche Devisenkurse.

Berlin, den 15. März 1932.

Telegraphische Ausgabung auf:	Kurs		Wetterungen in Mark	
	15.3.	14.3.	14.3.	14.3.
Guano 1 Weio	1,073	1,077	1,073	1,077
Guano 1 Dollar	2,788	2,774	2,788	2,774
Japan 1 Yen	1,329	1,331	1,319	1,321
Kairo 1 Ägypt. Pfund	15,07	15,71	15,00	15,70
London 1 Pfund	15,30	15,30	15,25	15,29
New York 1 Dollar	4,259	4,217	4,259	4,217
Paris 1 Franc	6,249	6,251	6,249	6,251
Rio de Janeiro 1 Milr.	1,739	1,732	1,728	1,733
Sankt Petersburg 100 Rubel	109,88	170,32	109,83	170,17
Wien 100 Schilling	5,445	5,455	5,445	5,455
Zürich 100 Franken	68,79	68,91	68,09	68,21
Bombay 100 Rupee	2,217	2,223	2,217	2,223
Batavia 100 Gulden	65,94	67,09	65,94	67,09
Bombay 100 Gulden	62,07	62,23	62,07	62,23
Singapur 100 Straits	6,993	7,007	6,993	7,007
Calcutta 100 Rupee	21,81	21,85	21,81	21,85
Indien 100 Rupee	7,413	7,417	7,413	7,417
Manila 100 Pesos	41,98	42,09	41,98	42,09
Rosenburg 100 Kronen	94,97	94,93	94,93	94,97
Wien 100 Kronen	13,89	13,91	13,84	13,86
Wien 100 Kronen	8,27	8,28	8,27	8,28
Wien 100 Kronen	15,58	15,62	15,57	15,61
Wien 100 Kronen	12,496	12,496	12,496	12,496
Wien 100 Kronen	67,73	67,77	67,73	67,77
Wien 100 Kronen	79,78	79,78	79,78	79,78
Wien 100 Kronen	81,57	81,73	81,59	81,75
Wien 100 Kronen	3,087	3,089	3,087	3,089
Wien 100 Kronen	32,52	32,53	32,52	32,53
Wien 100 Kronen	32,52	32,53	32,52	32,53
Wien 100 Kronen	100,39	100,41	100,39	100,41
Wien 100 Kronen	40,96	40,96	40,96	40,96

Aus der Landeshaupstadt.

Verteilung von Ehrenzeichen Die Gewerbe-... am Abend des 4. Februar im Jahr des Danies...

Staatshochschule in Dresden-N. Die Ent-... am 12. März hat. Oberstudiendirektor...

Staatliche höhere Mädchenschule in Dresden... am 10. März fanden die...

Chorale der Dresdener Kreuzkirche. Am 9. März... die Chorale...

Annenhalle. Die diesjährige Ober-... am 12. März, täglich von...

Metzprojekt. Wie bereits angekündigt, ver-... das Dresdner Schwurgericht...

am Abend des 4. Februar im Jahr des Danies... George-Währ-Straße 4 den Kaufmann...

Juchas auf dem Kianaplag. Wie wir erlähren... der Juchas Straßburger im Kianaplag...

Schüler. Gestern morgen kam es von der... der Schülern...

Feldgemeinschaften. Wie die Preisstelle der... Landwirtschaftskammer...

Das dritte Kapitel, das Gemeindefinanz-... enthält die Abchnitte: Die Gemeindefinanz...

Das vierte Kapitel handelt von der... der Gemeindefinanz...

Das fünfte Kapitel behandelt die... der Gemeindefinanz...

Das sechste Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Bücherbesprechungen.

Kapit. Johannes: Der heutige Finanz-... anlässlich jüdischer Reich, Kaiser und Gemeindefinanz...

Das erste Kapitel ist der Finanzpolitik... der Gemeindefinanz...

Das zweite Kapitel legt die Finanzordnung... der Gemeindefinanz...

Das dritte Kapitel, das Gemeindefinanz-... enthält die Abchnitte: Die Gemeindefinanz...

Das vierte Kapitel handelt von der... der Gemeindefinanz...

Das fünfte Kapitel behandelt die... der Gemeindefinanz...

Das sechste Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das siebte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das achte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das neunte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das zehnte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das elfte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das zwölfte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das dreizehnte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das vierzehnte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das fünfzehnte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das sechzehnte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das siebzehnte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das achtzehnte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Das neunzehnte Kapitel zeigt die... der Gemeindefinanz...

Der Landwirtschaftliche Kreditverein Sachsen zu Dresden.

Hierdurch laden wir zu der 67. ordentlichen... Generalversammlung am...

in unserem Sitzungssaal, Dresden, Prager Straße 13,...

Zugabeordnung. 1. Vorlage des Geschäftsberichts, der Bilanz...

2. Bericht des Prüfungsausschusses und Bericht... über die Bilanz sowie Gewinn- und Verlust...

3. Bericht über die Verwaltung des Vereins...

4. Wahl von Verwaltungsratsmitgliedern und...

5. Wahl des Prüfungsausschusses.

Dresden, am 14. März 1932.

Der Vorstand des Landwirtschaftlichen Kreditvereins Sachsen.

Dr. Schöcher, Dr. Rehner, Prof. Dr. v. Dierckmann.

Tagelstender. Staatstheater. Mittwoch, 16. März.

Opernhaus. Am 16. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 17. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 18. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 19. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 20. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 21. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 22. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 23. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 24. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 25. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 26. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 27. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 28. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 29. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 30. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 31. März: Die Entführung...

Opernhaus. Am 1. April: Die Entführung...

Table with lottery results for the 12th drawing of the 5th class of 200 Saxon State Lottery on March 14, 1932. Columns include prize amounts and winning numbers.

Genehmigt von der Geschäftsführung der Sächsischen Staatszeitung, Dresden-N. L. - Druck von G. W. Lehmann. - Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

